



RAPSPREIS – TENDENZ STEIGEND

- **Knappe Marktversorgung bei steigender Nachfrage bestimmen die Richtung.**
- **Raps als „iLUC-freier“ Rohstoff alternativlos.**

Die Preisentwicklung bei Raps wird sich tendenziell weiter und notwendigerweise positiv verstetigen. Zu diesem Ergebnis kommt die Union zur Förderung von Oel- und Proteinpflanzen e. V. (UFOP) in einer Analyse über die kurz- bis mittelfristige Entwicklung und empfiehlt, rechtzeitig vor der Aussaat die Ausschöpfung des betrieblichen Anbaupotenzial anzureizen. Grund sei die sich gegenseitig bedingende regulatorische Verzahnung, die beim Anbau beginne und schließlich bis in die Rohstoffverwendung hineinreiche, schreibt der Verband in seiner aktuellen Markteinschätzung zum Jahreswechsel 2024/25. Erneut gilt demnach das Axiom: „Alles hängt mit allem zusammen“.

Der Rapsanbau sieht sich mit zunehmend größeren Unsicherheiten und Herausforderungen infolge der witterungs- und klimawandelbedingten Probleme sowie mit einer gleichzeitig restriktiveren Pflanzenschutzmittelpolitik konfrontiert, stellt die UFOP fest. Produktionstechnische Ziel ist es, das genetische Ertragsniveau möglichst auszuschöpfen. Bei gleichzeitig steigenden Produktionskosten muss der Erzeugerpreis zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit in der Fruchtfolgeplanung – zumindest rechnerisch – ein positives Ergebnis im Vergleich zum Getreideanbau erwarten lassen.

Die Entscheidung über die Gestaltung der Fruchtfolge trifft bekanntlich jeder Betrieb einmal jährlich. Das ist zugleich auch das Risiko für die Verarbeitungskette, vor allem bis zum Biokraftstoff, betont die UFOP. Rapsöl ist im Vergleich zu Soja- bzw. Palmöl knapp und werde, zu Biodiesel verarbeitet, in den Wintermonaten gebraucht und als Beimischungskomponente zu Biodiesel aus Abfallölen mit hohem Palmölanteil verwendet, um die Biodieselspezifikation – EN 14214 – zu erfüllen. Die UFOP erwartet, dass Rapsöl zukünftig auch für die Herstellung von Hydriertem Pflanzenöl (HVO) verwendet werden muss.

Raps alternativlos als „iLUC-freier“ Rohstoff zur Schließung der „Palmöllücke“

Raps ist aus Sicht des Verbandes als Anbaukultur alternativlos, weil diese Kulturart ein „iLUC-freier“ Rohstoff ist – im Gegensatz zu Palmöl. (iLUC = indirect Land Use Change, s. Studie: bit.ly/iluc). Der sogenannten iLUC-Hypothese zufolge führt die europäische Förderpolitik bei Biokraftstoffen zu einer Umwandlung von Urwaldflächen für den Anbau von nachwachsenden Rohstoffen, vor allem in Drittstaaten (Brasilien, Indonesien). Dies führe zu globalen Verdrängungseffekten in der Landnutzung – so die Hypothese.

Dabei regelt die Erneuerbare Energien-Richtlinie (RED II) für alle Mitgliedsstaaten verbindlich, dass Biokraftstoffe mit einem hohen iLUC-Risiko spätestens ab 2030 nicht mehr als Biokraftstoff auf die Ziele für erneuerbare Energien angerechnet werden dürfen.

Viele Mitgliedsstaaten haben diesen Schritt bereits vollzogen. Daher muss aus Sicht der UFOP auf der Rohstoffseite eine „Palmöllücke“ von rund 3,15 Millionen Tonnen (Stand 2024) in der EU kompensiert werden. Das Ergebnis der Prüfung der EU-Kommission steht noch aus, ob auch Sojaöl als iLUC-Rohstoff eingestuft werden muss. Gründe sind die Anbauflächenentwicklung in Südamerika und die nach wie vor ungebremsten Waldbrände in Brasilien: 22 Millionen Hektar waren demnach dort im Jahr 2024 betroffen, ein Anstieg um 150 Prozent gegenüber 2023

bit.ly/Brasilien-Regenwald). Das von der Regierung Indonesiens initiierte Verfahren bei der Welthandelsorganisation (WTO) gegen diese in der Erneuerbare Energien-Richtlinie (2018/2001) – RED II – verankerte Ausschlussregelung war erfolglos. Die EU hat aktuell, wie bereits im Streitverfahren Malaysia gegen die EU, Abschluss März 2024, auch dieses Verfahren gewonnen. Zu betonen ist, dass sich erstmals die Streitschlichter der WTO mit Maßnahmen gegen die Abholzung von Wäldern unter besonderer Berücksichtigung des auf diesen Flächen hergestellten Rohstoffs bzw. Endprodukts befassen mussten.

Quotenverpflichtungen bestimmen global die Entwicklung der Nachfrage

In den USA, Brasilien, Indonesien und in der EU werden Ölsaaten für die Biokraftstoffproduktion angebaut. Auch die Rahmenbedingungen für deren Verbrauch wurden rechtlich verbindlich als Quotenverpflichtungen festgelegt – aber mit unterschiedlicher Motivation: Außer in der EU ist in den genannten Ländern die einkommenswirksame Unterstützung der Landwirtschaft das Ziel der Schaffung dieser Rahmenbedingungen. In Indonesien und Brasilien wurden im Jahr 2024 die Mandate für die Beimischung von Biodiesel deutlich erhöht; in Brasilien von 15 Prozent in 2025 ansteigend auf 20 Prozent in 2030. In Indonesien steigt der Beimischungsanteil von 35 auf 40 Prozent in 2025. Für Brasilien bedeutet dies einen Anstieg der Produktion von rund 6,5 Millionen Tonnen in 2023 auf rund 10,5 Millionen Tonnen Biodiesel. Entsprechend steigt der Flächenanspruch von rund 9,3 auf 15 Millionen Hektar – dies entspricht etwa 53 Millionen Tonnen Sojabohnen. Der zusätzliche Bedarf von etwa 4 Millionen Tonnen Sojaöl zur Biokraftstoffherstellung stellte also keine zusätzliche Belastung für den Weltmarkt dar, stellt die UFOP fest.

In Indonesien bedeutet die Quotenanhebung eine Steigerung des Palmölbedarfs von 11 Millionen Tonnen im Jahr 2023 auf geschätzt 13,9 Millionen Tonnen in 2024. Hinzu kommt der zusätzliche Rohstoffbedarf in Ländern wie den USA und Brasilien für den Auf- und Ausbau der Sustainable-Aviation-Fuel (SAF)-Produktion. Analog zur RED III wird in diesen Ländern auch die Produktion und Verwendung von SAF durch Beimischungsgebote forciert: in Brasilien zum Beispiel beginnend mit 1 Prozent ab 2027 aufsteigend bis 10 Prozent in 2037.

Energiemarkt ist riesig – die Biomassepotenziale sachgerecht einordnen

Zu beachten ist hierbei aus Sicht der UFOP, dass der physische Mengenbedarf trotz verhältnismäßig kleiner prozentualer Beimischungsvorgaben (abgesehen von Indonesien), verglichen mit dem globalen Pflanzenölangebot sehr groß ist. Auch die Bedingung, dass zur Erfüllung der stetig steigenden Beimischungsverpflichtung gemäß RED III in der EU nur Biokraftstoffe aus Abfallölen im Luft- und Schiffsverkehr zugelassen bzw. angerechnet werden, führt zu keiner angebots- bzw. preiswirksamen Marktentlastung, betont die UFOP. Im Gegenteil, für bessere THG-Werte wird ein Aufgeld bezahlt. Es ist zu erwarten, dass der Wettbewerb um diese sehr begrenzt verfügbaren Abfallrohstoffe/-öle stark zunimmt (globale Produktion von Pflanzenöl 2023: ca. 223 Mio. t, das entspricht in etwa dem Dieserverbrauch der EU-27). Das Potenzial ist begrenzt, da auch Abfallöle ihren „Ursprung“ im Anbau haben. Folglich macht die Differenzierung nach Teil A oder B gemäß Annex IX der RED II keinen Unterschied, sondern führt nur zu in der Öffentlichkeit nicht vermittelbaren Anreizen für Rohstoffverlagerung und Betrug. Dies hat das Vermarktungsjahr 2024 mit Blick auf die unter Betrugsverdacht stehenden Importe von Biodiesel aus China erneut mit aller Konsequenz für den THG-Quotenhandel verdeutlicht.

Die absehbare Bedarfslücke muss aus Sicht der UFOP in der EU mit Rapsöl geschlossen werden. Vor diesem Hintergrund bewertet die UFOP die Preisentwicklung für den Rohstoff Raps in den kommenden Jahren positiv und empfiehlt, dass zur Sicherung der Rohstoffbasis für die Biodiesel-/HVO-Herstellung rechtzeitig vor der Aussaat zur Fruchtfolgeplanung ein angemessenes Preissignal den Anreiz setzt, den Umfang des Rapsanbaus an den gegebenen Fruchtfolgerestriktionen im Sinne der Resilienz der betrieblichen Ackerbaustrategie auszurichten.

Ansprechpartner/Impressum:

Stephan Arens
Geschäftsführer

Union zur Förderung von Oel- und
Proteinpflanzen e. V. (UFOP)
Claire-Waldoff-Str. 7
10117 Berlin

Tel.: +49 30 235 97 99 – 10
Fax: +49 30 235 97 99 – 99
s.aren@ufop.de
www.ufop.de